

# Kongresserklärung zu „Fridays for Future“

## Bundesvorstand

**Die „Fridays for Future“ - Kampagne der Schüler\*innen, insbesondere der zeitgleich zu unserem Kongress stattfindende weltweite Aktionstag veranlassen uns, unsere Solidarität mit den Schüler\*innen zu bekräftigen.**



**Schule als gesellschaftsbildende Kraft** ist das Motto des Kongresses vom 19. bis 21. September. Unser Verband wird 50 Jahre alt; das bedeutet ein halbes Jahrhundert intensiven Einsatzes für die demokratietaugliche Schule, die nur eine *inklusive Schule für alle* sein kann. Eines unserer Ziele ist, „dass alle Kinder und Jugendlichen eine der demokratischen Gesellschaft angemessene Schule besuchen. Sie muss demokratie-stiftend, also eine gemeinsame Schule für alle sein, in der Demokratie gelebt und gelernt wird.“

### **In diesem Sinne ist Schule für uns gesellschaftsbildende Kraft.**

Wir organisieren die existierenden Schulen des gemeinsamen Lernens: Gesamt-, Gemeinschafts-, Stadtteil-, Sekundar-, Oberschulen, .... Wir sind in be-

sonderer Weise einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft in ihrer natürlichen und sozialen Umwelt verpflichtet. Unsere Mitglieder, größtenteils Pädagogen und Eltern aus diesen Schulen, suchen in ihrer täglichen Arbeit, die inklusive Schule für die Demokratie bereits heute zu realisieren. Schüler\*innen leben und erfahren so den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und einen wertschätzenden Umgang miteinander als Basis einer zukunftsfähigen demokratischen Gesellschaft.

**Wir freuen uns über den Mut, die Ausdauer und die Kreativität so vieler Schüler\*innen**, die sich weltweit verbünden, um der Erwachsenenwelt einen Spiegel vorzuhalten: Deutlich wird, wie eine Verantwortung leugnende Politik letztlich unsere Lebensgrundlagen zerstört. Der zivile Ungehorsam der Jugend angesichts von Untätigkeit, ja z.T. kontraproduktivem Handeln der Verantwortlichen ist nur legitim. Die „Umwidmung“ der (meist fremdbestimmten) Unterrichtszeit, ihre fachlich begründeten Argumente weisen die Aktionen der Jugendlichen als selbstbestimmte Schritte zur konsequenten Umsetzung ihrer Erkenntnisse aus.

– Damit wird ein wesentliches Ziel wissenschaftsorientierter Bildung in demokratischer Verantwortung erfüllt. Gratulation!

**Wir verstehen und teilen den Zorn der Schüler\*innen** über die Ausflüchte, die Zögerlichkeit, die Tatenlosigkeit, ja mitunter kontraindizierten Entscheidungen von Repräsentanten aus Wirtschaft und Politik. Mit einer oftmals herablassenden Arroganz ignorieren gesellschaftlich Mächtige, sich selbst zur Elite zählend, die unbestreitbaren Konsequenzen ihres unverantwortlichen Tuns und erschüttern dabei einmal mehr das Vertrauen in die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft – nicht nur bei der nachwachsenden Generation.

Wir sehen Parallelen beim Schulsystem: Vor 50 Jahren mit den Gesamtschulen beginnend, haben wir immer wieder erfahren müssen, dass eine angemessene Förderung jedes Kindes nur als unverbindliche Bekundung in Deklarationen und Präambeln vorkommt und trotz aller Bemühungen der Kolleg\*innen nicht wirksam realisiert werden konnte. Vorgegebene, etablierte Strukturen und Abläufe verhindern dies und müssen deshalb geändert werden.

**Wir unterstützen „Fridays for Future“** in der Forderung an die Entscheidungsträger und Verantwortlichen, endlich konsequent zu handeln und die Klimaziele für Deutschland einzulösen.

**Und wir bestärken die Schulen darin,**

- die 17 SDG (sustainable development goals) der UNESCO als Orientierung in ihre Arbeit aufzunehmen;
- ihren Schüler\*innen mehr Raum für selbstbestimmtes Lernen und selbstgewählte Herausforderungen zu geben – und damit
- das Recht aller Schüler\*innen zu betonen, sich als Subjekte ihres Lernprozesses zu erleben statt als Objekte des Unterrichts behandelt zu werden,
- jedem Kind und jedem/r Jugendlichen in der Schule die Anerkennung und Unterstützung geben zu wollen, die das Erreichen eines bestmöglichen Bildungsstandes und Schulabschlusses gewährleistet.
- jedem Kind und jedem/r Jugendlichen gleiche Bildungschancen und insbesondere ungehinderten Zugang zu jeder Form schulischer Bildung zukommen zu lassen.

**Wir lernen von der „Fridays for Future“-Kampagne,** dass unbedingtes Eintreten für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere des Klimas ernst genommen wird und das Umdenken in der Gesellschaft befördert. Es gilt in gleicher Weise, die benachteiligenden Wirkungen des aktuellen Schulsystems zu überwinden. Das Schulwesen verstärkt durch aussondernde Strukturen die soziale Spaltung der Gesellschaft statt diese abzubauen und ein wertschätzendes Miteinander zu fördern. 2017 entließ die Schule 52 000 Jugend-

liche ohne Abschluss, ohne Perspektive einer produktiven selbstbestimmten Lebensgestaltung. Der Verteidigung eigener Vorteile sind die Widerstände gegen die inklusive Schule für die Demokratie ebenso geschuldet, wie die Weigerung vieler, zum Schutz der natürlichen Ressourcen das eigene Verhalten zu ändern. Es wird Zeit, das Schulsystem zukunftsfähig und demokratietauglich zu gestalten.

**Mit der Frankfurter Erklärung von 2016 verpflichtet sich die GGG,** gemeinsam mit GEW, Grundschulverband und weiteren Kooperationspartnern, um gesellschaftliche Mehrheiten für die „eine Schule für alle, die inklusive Schule für die Demokratie“

zu ringen. Die derzeit notwendige Zuweisung von Kindern zu verschiedenen bewerteten Schulformen der Sekundarstufe I beschädigt den pädagogischen Auftrag der Grundschule. Ebenso das Selbstbild der vielen abgewerteten Kinder, die nicht „I. Wahl“ sind. Die anderen laufen Gefahr, Überheblichkeit und Dünkel zu entwickeln.

Das öffentliche Schulwesen muss seinem Auftrag der bestmöglichen Potenzialentfaltung für jedes Kind gerecht werden und gleichermaßen ein wertschätzendes, demokratisches Miteinander beim gemeinsamen Lernen in einer Schule für alle erlebbar machen. Nur so kann die Zukunft gewonnen werden.



**Fridays for Future demonstrierten am 20.9.2019 in Berlin am Brandenburger Tor. Kongressteilnehmer\*innen beteiligten sich daran und unterstützten FfF mit einer Spende**